



### **Covid-19-Gesetz – Erste Runde**

Der Nationalrat macht ernst und verankert im Covid-19-Gesetz verschiedene Grundsätze, auf die der Bundesrat künftig seine Corona-Politik stützen soll. Deutlich gescheitert ist der Antrag, den 22. März als Öffnungsdatum ins Gesetz zu schreiben. Die SVP hielt am Montag am Antrag fest. Weil die FDP- und die Mitte-Fraktion es aber mehrheitlich ablehnten, den 22. März als Öffnungsdatum für Restaurants und andere Branchen gesetzlich zu verankern, kam am Ende keine Mehrheit zustande. Die Entscheide zur Öffnung fielen letztlich deutlich mit jeweils über 120 Nein-Stimmen. Das Thema ist damit erledigt.

**Strategie:** Künftig muss der Bundesrat seine Strategie auf "die mildest- und kürzestmögliche Einschränkung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens" ausrichten. Vor möglichen Schliessungen sollen Bund und Kantone sämtliche Möglichkeiten von Schutzkonzepten, von Test- und Impfstrategien sowie der Kontaktverfolgung ausschöpfen. Das Parlament will zudem regionalen Entwicklungen der epidemiologischen Lage vermehrt Rechnung tragen. Der Bundesrat soll "vorbildlichen" Kantonen Erleichterungen der Corona-Massnahmen gewähren. Künftig muss der Bundesrat zudem die Kantonsregierungen in die Erarbeitung der Massnahmen miteinbeziehen. Ein Vetorecht für die zuständigen parlamentarischen Kommissionen lehnte das Parlament jedoch ab.

**Impfungen:** Das Parlament stimmte dem Antrag zu, dass Personen, die sich gegen Covid-19 geimpft haben, von allfälligen Quarantänemassnahmen befreit werden. Der Entscheid im Nationalrat fiel mit Stichentscheid des Präsidenten Andreas Aebi (SVP/BE). Zudem verlangt die grosse Kammer vom Bundesrat die Einführung eines Covid-19-Impf- und Testnachweises, der die Ein- und Ausreise in andere Länder erleichtern soll. Darüber muss noch der Ständerat befinden.

**Taskforce:** Nichts wissen will der Nationalrat von einem Maulkorb für die wissenschaftliche Taskforce des Bundes. Nach Meinung einer Kommissionsmehrheit sollte diese nur noch mit ihrem Präsidenten in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten. Eine deutliche Mehrheit des Nationalrats lehnte dies ab - mit 116 zu 78 Stimmen bei einer Enthaltung. Ursprünglich wollte es eine Kommissionsmehrheit der Taskforce ganz verbieten, öffentlich Stellung zu nehmen. Die Kommission kam dann aber auf ihren Antrag zurück und überarbeitete ihn - nun scheiterte er trotzdem.

**Härtefallmassnahmen:** Der Nationalrat will die Härtefallhilfe für Unternehmen deutlich ausbauen. Er hat gegenüber dem Bundesrat Änderungen des Covid-19-Gesetzes beschlossen, die laut Finanzminister Maurer zu Mehrausgaben von 9 Milliarden Franken führen. Die meisten Kosten verursacht, dass der Nationalrat die Bedingungen für den Bezug von Härtefallgeldern lockern will. Als Härtefall gelten heute Unternehmen, die auf Anordnung des Bundesrats schliessen mussten oder Einsatzbussen von mindestens 40 Prozent im Vergleich zu früheren Geschäftsjahren verzeichnen. Der Nationalrat will diese Schwelle nun von 40 Prozent auf 25 Prozent senken. Nun ist wieder der Ständerat am Zug.

**Finanzierung:** Der Bundesanteil zur Finanzierung der Härtefallmassnahmen soll laut dem Nationalrat nicht erhöht werden. Für die Unterstützung der Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu 5 Millionen Franken soll der Bund weiterhin 70 Prozent der Kosten übernehmen. Der Entscheid fiel mit 141 zu 44 Stimmen bei 9 Enthaltungen deutlich aus. Der Ständerat wollte 80 Prozent ins Gesetz schreiben.

**Sonntagsverkäufe:** Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat entschieden, keine zusätzlichen Verkaufssonntage ins Gesetz zu schreiben. Der Entscheid fiel mit 96 zu 93 bei 4 Enthaltungen knapp aus. Bis zu 24 Sonntagsverkäufe innerhalb von zwei Jahren wollte die Wirtschaftskommission den Kantonen erlauben. Mit den zusätzlichen Verkaufstagen sollten die Geschäfte ihre Umsatzeinbussen, die sie während des Shutdown erlitten, kompensieren. Der Vorschlag ist vom Tisch.



**Arbeitslosenversicherung:** Bei der Kurzarbeit und den Taggeldern ist das Parlament weitgehend dem Bundesrat gefolgt. So soll die Anzahl Taggelder für versicherte Personen um 66 Taggelder für die Monate März bis Mai 2021 erhöht werden. Das gilt für alle jene, die am 1. März noch anspruchsberechtigt sind. Die Massnahmen zur Kurzarbeit werden verlängert. Minderheitsanträge von SP und Grünen im Nationalrat, die einen weiteren Ausbau verlangten, wurden abgelehnt. So etwa die Kurzarbeitsentschädigung während des Bezugs von Ferien oder eine Erhöhung der Beiträge für tiefe Einkommen.

**Eventbranche:** Der Nationalrat will die Eventbranche im laufenden Jahr mit zusätzlichen 350 Millionen Franken unterstützen. Dieser Entscheid fiel mit 132 zu 55 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Der Bund soll damit der Pandemie zum Opfer gefallene Veranstaltungen, Messen, Gewerbeausstellungen und Jahrmärkte auf Gesuch hin mit einer Ausfallentschädigung unterstützen können. Der Ständerat muss darüber noch entscheiden.

**Selbstständige:** Laut dem Nationalrat sollen auch mehr Selbstständige an Erwerbsausfallentschädigungen kommen. Als massgeblich eingeschränkt sollen neu Personen gelten, die in ihrer Unternehmung eine Umsatzeinbusse von mindestens 20 statt 40 Prozent im Vergleich zum durchschnittlichen Umsatz in den Jahren 2015 bis 2019 haben. Der Ständerat muss der Ausweitung des Erwerbsausfalls noch zustimmen.

**Mietrecht:** Ja sagte die grosse Kammer zu zusätzlichen Erleichterungen für Mieterinnen und Mieter, die mit der Bezahlung ihrer Mietzinsen und Nebenkosten im Rückstand sind. Der Ratslinken gelang es zusammen mit der GLP und einem Teil der Mitte-Fraktion, die Zahlungsfrist für Betroffene auszudehnen und Mietvertragskündigungen innerhalb von sechs Monaten nach Aufhebung des Shutdown als nichtig zu erklären. Der Ständerat muss darüber noch befinden.

**Lex Koller:** Der Nationalrat sieht zudem Anzeichen dafür, dass die Grundstückspreise wegen der Corona-Krise unter Druck geraten könnten. Damit sich ausländische Unternehmen keine Grundstücke von notleidenden Schweizer Unternehmen unter den Nagel reissen können, sollen Verkäufe für zwei Jahre nach Ende der besonderen oder ausserordentlichen Lage bewilligungspflichtig werden. Der Nationalrat stimmte dieser Änderung der "Lex Koller" zu - mit 113 zu 80 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Ständerat ist am Zug.

**Sportklubs:** Nicht einverstanden ist der Nationalrat mit dem Ständerat bei der Unterstützung der Sportklubs. Um einfacher an À-fonds-perdu-Beiträge zu kommen, sollen die Klubs nach dem Willen der kleinen Kammer nicht mehr zu Lohnsenkungen gezwungen werden, wenn sie Unterstützungsgelder beantragen. Dies lehnte eine Mehrheit im Nationalrat ab - mit 130 zu 48 Stimmen bei 11 Enthaltungen. Kultur: Im Einklang mit dem Ständerat beschloss die grosse Kammer, die Obergrenze für Beiträge an Kultur und Kulturschaffende zu streichen. So vergrössert sich der Spielraum, sollten Nachtragskredite nötig werden. Zudem sollen auch freischaffende Künstler Ausfallentschädigungen erhalten können. Nur die SVP-Fraktion war dagegen.

**Kitas:** Weiter können von den Corona-Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung künftig mehr Institutionen profitieren. Konkret werden rückwirkend auch im Frühjahr 2020 geschlossene Institutionen berücksichtigt, die vom Kanton oder von der Gemeinde Subventionen erhalten oder von der öffentlichen Hand betrieben werden. Bisher wurden nur private Kitas unterstützt. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat den damit einhergehenden Mehrkosten in Höhe von 20 Millionen Franken zu.



**Medien:** Einig sind sich die Räte schliesslich bei der Medienhilfe. Der Bund kann deshalb nun auch private Radio- und Fernsehunternehmen mit Mitteln aus der Abgabe für Radio und Fernsehen unterstützen.

**Politische Rechte:** Erleichterungen sieht der Nationalrat bei den politischen Rechten vor. So sollen nicht nur bei Referenden, sondern auch bei Volksinitiativen die gesammelten Unterschriften auch ohne Stimmrechtsbescheinigung innerhalb der Fristen eingereicht werden können. Der Ständerat muss noch darüber befinden.

**Grundeinkommen:** Der Nationalrat hat weiter beschlossen, dass der Bund keine finanziellen Beiträge an kantonale Grundeinkommen beisteuern soll. Der Kanton Zürich hat kürzlich solche Finanzhilfen für Kulturschaffende beschlossen, um die Existenz der Betroffenen zu sichern. Der Entscheid fiel mit 100 zu 92 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Ständerat muss darüber noch befinden.

## Wegen Corona-Mehrausgaben von 9 Milliarden Maurer warnt vor Steuererhöhungen

«Der Bundesrat schränkt Wirtschafts-, Bewegungs- oder Versammlungsfreiheit massiv ein – und das seit einem Jahr», polterte SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher (51) gestern am frühen Nachmittag. Sie sprach erneut von einer «Diktatur des Bundesrats». Deshalb müsse das Parlament dessen Kompetenzen beschneiden – im Covid-19-Gesetz.

«Des Pudels Kern», wie es SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi (42) zu Recht nannte, wurde erst ab 21.30 Uhr diskutiert und erst nach Redaktionsschluss entschieden: **die Frage der Restaurant-Öffnungen per 22. März, die Frage der Impf-Bevorzugungen, jene des Ampelsystems für Lockerungen und Verschärfungen.**

Klar aber wurde schon am Nachmittag: Die Ratsrechte ist

höchst unzufrieden mit der Covid-Strategie des Bundesrats – spricht ihm eine solche sogar ab. **Der Bundesrat biete kaum Perspektiven. Noch immer sei unklar, wie es nach dem 22. März weitergehen soll,** meinte etwa FDP-Sprecherin Daniela Schneeberger: «Die permanente Unsicherheit ist kaum zu ertragen.» Es fehle dem Bundesrat am Willen, die eigene Macht loszulassen. Immer wieder wurde scharf gegen die Regierung geschossen. Immer wieder musste sich SVP-Finanzminister Ueli Maurer (70) stellvertretend für seinen Ratskollegen Alain Berset (48) rechtfertigen.

Die Linke warf den Bürgerlichen hingegen «nutzlose Symbolpolitik» vor. Die Forderungen der Wirtschaftskommission, im Gesetz ein Öffnungsdatum festzuschreiben, seien

grotesk, fand Mattea Meyer (33), Co-Präsidentin der SP. «Als würde sich das Virus gesetzlich wegschreiben lassen.» Bürgerliche riskierten so einzig eine Verlängerung der Krise, ergänzte Grünen-Sprecherin Franziska Ryser (29). **«Wie soll ich ein Parlament ernst nehmen, das die Öffnung von Schiessplätzen in einem Gesetz festschreiben will?»**

Neben viel Geplänkel hat der Nationalrat aber auch konkrete Entscheide gefällt. Dabei hat er die Härtefallhilfe für Unternehmen nochmals deutlich ausgebaut. Mit diversen Gesetzesänderungen würden die Ausgaben von bisher zehn Milliarden Franken um etwa neun Milliarden fast verdoppelt, bilanzierte Finanzminister Maurer.

**Unternehmen sollen einfacher an Härtefallhilfen kommen.** Nicht nur müssen sie weniger Einnahmeeinbußen nachweisen, auch bei neu gegründeten Firmen zeigte sich der Nationalrat grosszügiger. An den Kosten müssen sich auch die Kantone beteiligen. **«Das heisst, dass alle Kantone Defizite schreiben werden** und diese vielleicht nur mit Steuererhöhungen stemmen können», gab Maurer zu bedenken. Der Ständerat dürfte vor diesem Hintergrund noch einige Entscheide kassieren. SERMIN FAKI, DANIEL BALLMER



Die Schweiz eine Diktatur? Magdalena Martullo-Blocher (2. v. l.) diskutiert mit den Grünliberalen Martin Bäumle, Melanie Mettler und Jörg Grossen (v. l.).



### **Parlament will keine kritischen Medien im Bundeshaus**

Im Rahmen des Marathon-Sessionstags vom Montag forderte ich mit einem Einzelantrag den grundsätzlichen Zugang aller Medien in der Schweiz zu den Medienkonferenzen von Bundesrat, Bundesamt für Gesundheit und so weiter, wenn es um die Coronathematik geht. 54 Nationalratsmitglieder waren dafür, 137 dagegen, 4 enthielten sich der Stimme. Der Nationalrat hat diskussionslos überdeutlich gemacht, dass er keinen Handlungsbedarf sieht. Damit bleibt es beim Informations-Einheitsbrei, obwohl – in journalistischer Hinsicht – eine kritische Auseinandersetzung mit der Corona-Thematik das Gebot der Stunde wäre!

### **Längste Debatte der Geschichte**

Um 23.45 Uhr nach über neun Stunden Beratungen zum Covid-19-Gesetz hat der Nationalrat auch noch die damit verbundenen Nachtragskredite zum Budget 2021 beraten. Damit hat der Nationalrat alle Rekorde gebrochen.

Alles in allem 10 Stunden und 15 Minuten hat der Nationalrat ohne Unterbruch das Covid-19-Gesetz und die notwendigen Nachtragskredite beraten. Nationalratspräsident Andreas Aebi (SVP/BE) bestätigte, was viele vermuteten: So lange dauerte eine Nationalratssitzung noch nie. Rekordhalter war bisher die Debatte über die Selbstbestimmungsinitiative am 11. Juni 2018. Über mehr als 50 Minderheitsanträge und rund 25 Einzelanträge hatte der Rat zu entscheiden. Bei der Eröffnung der Sitzung am Nachmittag um 14.30 Uhr zeigte sich Nationalratspräsident Aebi noch optimistisch, das Programm in sechs bis sieben Stunden absolvieren zu können. Es kam anders.

### **Justizinitiative**

Der Nationalrat lehnt die Justizinitiative deutlich ab. Die Initiative sieht vor, dass Bundesrichterinnen und Bundesrichter künftig per Los bestimmt werden. Auch Vorschläge, das Wahlverfahren mit anderen Verfassungs- oder Gesetzesänderungen zu erneuern oder anzupassen, fanden keine Mehrheit. Die Volksinitiative "Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justizinitiative)" verlangt zudem, dass Bundesrichterinnen und -richter künftig bis fünf Jahre nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters im Amt bleiben sollen. Nur bei schweren Verletzungen der Amtspflicht oder Krankheit soll es ein Abberufungsrecht durch die Vereinigte Bundesversammlung geben. Die Einführung des Losentscheides sei systemfremd, sagte Justizministerin Karin Keller-Sutter im Rat. Losverfahren würden der politischen Tradition der Schweiz widersprechen und wären Fremdkörper in der Gesetzgebung. Nun ist der Ständerat am Zug.

### **China-Schweiz**

Der Bundesrat wird dem Parlament über seinen Menschenrechtsdialog mit China Rechenschaft ablegen. Er hat einen entsprechenden Vorstoss aus dem Parlament angenommen. Der Vorstoss war von der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) eingereicht worden. Der Bundesrat soll in dem Bericht festhalten, wie er bei der Umsetzung des Menschenrechtsdialogs mit China vorgeht, was bisher erreicht wurde und welche Schritte bevorstehen. Mit dem Vorstoss nahm die Kommission ein Anliegen der Gesellschaft für bedrohte Völker auf, die sich für die Tibeterinnen und Tibeter einsetzt.



### **Schweiz-Kuba**

Der Nationalrat verlangt einen besonderen Effort der Schweiz zur Aufweichung der US-Wirtschaftsblockade gegen Kuba. Die Schweiz müsse in den Uno-Gremien eine aktivere Rolle spielen und direkt mit Kuba Handel betreiben und investieren. Der Rat hat einen entsprechenden Prüfauftrag seiner Aussenpolitischen Kommission (APK-N) mit 98 zu 89 Stimmen angenommen. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab. Er erachtete die Schaffung eines spezifischen Instruments zur Förderung des Handels mit Kuba derzeit als nicht opportun, sagte Aussenminister Ignazio Cassis im Rat. Zudem nutze die Schweiz vorhandene Instrumente zugunsten Kubas bereits sinnvoll.

### **Schweiz-EU**

Das Rahmenabkommen soll nicht an die EU zurückgewiesen werden. Der Nationalrat einen Vorstoss der SVP-Fraktion deutlich abgelehnt. Der Entscheid fiel mit 134 zu 52 Stimmen. Nur die SVP stimmte dafür. Auf die Frage, wann über die Verhandlungen mit Brüssel informiert werde, antwortete Aussenminister Ignazio Cassis diplomatisch: "Wir diskutieren derzeit mit der EU über die Differenzen. Wir befinden uns in der Schlussphase dieser Diskussionen."

### **Tierversuche**

Der Nationalrat lehnt die Volksinitiative "Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot" oppositionslos ab. Er stuft das Volksbegehren als zu radikal ein. Die Initiative verlangt ein bedingungsloses Verbot von Tier- und Menschenversuchen. Bestehende oder neue Produkte, für die Tierversuche durchgeführt werden müssen, dürften weder gehandelt noch ein- oder ausgeführt werden. Rund drei Stunden Zeit nahm sich der Nationalrat für die Initiative. Trotz des in der Debatte mehrfach angesprochenen Leidens von Versuchstieren: Das verlangte Verbot von Tierversuchen ohne Wenn und Aber war allen Fraktionen zu radikal. Anträge für einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag lehnte der Rat ab. Das Geschäft geht an den Ständerat.

### **Wölfe**

Das Parlament will nach dem Nein des Stimmvolks zum revidierten Jagdgesetz keine neue Vorlage lancieren. Es fordert jedoch Massnahmen per Verordnung, damit Wölfe in Schranken gehalten und Herden geschützt werden können. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion seiner Umweltkommission (Urek-N) mit 136 zu 36 Stimmen und bei 17 Enthaltungen gutgeheissen. Der Ständerat hatte zuvor eine identische Motion seiner Urek-S angenommen. Die Räte verlangen Vorschriften im Rahmen der geltenden Gesetze, damit Wölfe, die Nutztiere gerissen haben, rascher geschossen werden dürfen und Nutztiere besser geschützt sind. Umweltministerin Simonetta Sommaruga erklärte sich bereit, die Aufgabe anzugehen.

### **Strassenlärm**

Der Bundesrat soll strengere Massnahmen gegen übermässigen Motorenlärm ergreifen. Er soll etwa aufzeigen, wie Lärm verursachendes Tuning an Autos besser sanktioniert werden kann. Der Nationalrat hat dazu eine Motion der Verkehrskommission mit 119 zu 65 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Dabei soll der Bundesrat neben höheren Bussen auch den Führerausweisentzug, die Beschlagnahme des Fahrzeugs sowie ein generelles Fahrverbot für besonders laute Fahrzeuge auf gewissen Strecken in Betracht ziehen. Eine Minderheit um Walter Wobmann (SVP/SO) beantragte, die Motion abzulehnen. Die Lärmbekämpfung sei im Gang, und so solle es weiterhin sein. Der Bundesrat ist bereit, den Vorstoss anzunehmen. Er geht an den Ständerat.



### **Impfstoffe**

Der Nationalrat will dafür sorgen, dass die Schweiz besser mit Impfstoff verbessert wird. Er hat mit 180 zu 1 Stimme und 2 Enthaltungen einen Vorstoss aus der SP-Fraktion angenommen. Eingereicht wurde die Motion vor der Coronavirus-Pandemie. Im Vorstoss wird unter anderem vorgeschlagen, zwischen dem Heilmittelinstitut Swissmedic und der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) eine Harmonisierung der Zulassungskriterien anzustreben und Importregelungen zu vereinfachen. Die Motion geht an den Ständerat.

### **Jagd**

Jagdtrophäen von gefährdeten Tierarten sollen nicht in die Schweiz eingeführt werden dürfen. Dies soll dazu beitragen, den Bestand dieser Arten zu schützen. Der Nationalrat unterstützte eine Motion von Isabelle Chevalley (GLP/VD) mit 121 zu 60 Stimmen. Der Vorstoss verlangt ausserdem, dass solche Trophäen in der Schweiz nicht hergestellt werden dürfen. Als Beispiele nannte Chevalley die Mendesantilope, den Afrikanischen Elefanten und den Tukan auf. "Jagen ist ein Sport aus einer andren Zeit", sagte Chevalley im Rat. Der Bundesrat lehnt die Motion ab. Er will auf andere Massnahmen setzen zum Schutz gefährdeter Arten. Innenminister Alain Berset plädierte zudem für eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Tierarten nach Gefährdungsrad.

### **Mutterschaft**

Frauen sollen bei Mutterschaft von der Erwerbsersatzordnung gleich hoch entschädigt werden wie Militärdienstleistende. Das fordert der Nationalrat mit einer Motion, die er mit 132 zu 52 Stimmen angenommen hat. Die maximale Entschädigung bei Mutterschaft beträgt 196 Franken pro Tag, während die EO bei Militärdienst bis zu 245 Franken am Tag entrichtet. Der Bundesrat verwies in seiner ablehnenden Stellungnahme auf den Willen des Gesetzgebers bei der Unterscheidung. Er wollte andere familienpolitische Projekte mit der EO - etwa für die Betreuung von Angehörigen - nicht mit den erwarteten Mehrkosten gefährden.

### **Covid-19-Gesetz – 2. Runde**

Die Diskussionen um den Umfang des Corona-Härtefallprogramms gehen in die nächste Runde. Nach je zwei Beratungen haben sich die Räte in zahlreichen Punkten noch nicht einigen können. Es geht um mehrere Milliarden Franken an Hilfsgeldern. Konkret hat der Nationalrat am Donnerstag daran festgehalten, die Definition von Härtefällen auszudehnen. Ein Härtefall soll vorliegen, wenn der Umsatzeinbruch in der Corona-Krise mehr als 30 Prozent beträgt. Der Ständerat will beim geltenden Recht und damit bei 40 Prozent bleiben. Die grosse Kammer sieht weiter vor, dass beispielsweise Restaurants À-fonds-perdu-Beiträge im Umfang von höchstens 30 Prozent des durchschnittlichen Umsatzes in der gleichen Jahresperiode in den Jahren 2018 und 2019 beziehen können. Der Ständerat lehnte das bisher ab. Er ist am kommenden Montag wieder an der Reihe.

Im Rahmen der Differenzbereinigung im Covid-19-Gesetz hielt der Nationalrat zudem daran fest, Mieterinnen und Mieter verstärkt vor Kündigungen zu schützen. Auch bei den Finanzhilfen für Selbstständige ist er grosszügiger als der Ständerat. Gemäss Beschluss des Nationalrats sollen Personen als massgeblich eingeschränkt gelten, die in ihrer Unternehmung eine Umsatzeinbusse von mindestens 20 Prozent im Vergleich zum durchschnittlichen Umsatz in den Jahren 2015 bis 2019 haben. Die kleine Kammer hatte am Mittwoch knapp am geltenden Recht festgehalten, wonach ein Umsatzminus von mindestens 40 Prozent massgebend ist.



### **Finanzhaushaltsgesetz**

Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat einer Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes mit 142 zu 51 Stimmen zugestimmt. Gegen jegliche Änderungen sprach sich die SVP aus. Ziel der Revision ist es, dass die Rechnungslegung verständlicher und besser lesbar wird. Der Bund passt sich nun den Kantonen und Gemeinden an. Die Schuldenbremse wird neu aus der Erfolgsrechnung statt aus der Finanzierungsrechnung abgeleitet. Abgerechnet werden kann neu periodengerecht, und es können Abgrenzungen gemacht werden. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmungen.

Bern, im März 2021  
David Zuberbühler